

Kölner Stadt-Anzeiger vom 29.09.2012

100 Tage im Amt. Interview mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft

„Beim Kanal-Tüv noch nichts entschieden“

Frau Kraft, die rot-grüne Regierung in Düsseldorf ist 100 Tage im Amt. Wie fällt Ihre Bilanz aus?

Hannelore Kraft: Ich zähle anders. Wir setzen fort, was wir zwei Jahre zuvor begonnen haben.

Aber jetzt haben Sie eine satte Mehrheit. Und kaum ist der Druck einer Minderheiten-Koalition weg, gibt es schon Durcheinander – wie beim Nichtraucherschutz-Gesetz, wo der eine oder andere die strikte Linie zu verlassen scheint.

Kraft: Nein, es gibt da keinen Streit. Es geht darum, ein konsequentes und rechtssicheres Gesetz zu machen. Ich bin da überhaupt nicht ideologisch unterwegs. Aber wenn die juristische Einschätzung zu dem Schluss kommt, dass wir Rauchen auf der privaten Feier in der Gaststätte nicht per Gesetz reglementieren dürfen – dann muss das abgewogen werden. Unsere Linie als Regierung ist klar: Wir wollen einen restriktiven Nichtraucherschutz.

Sie wollen auch den Kanal-Tüv. Brechen Sie damit nicht das erste Wahlversprechen?

Kraft: Wir sind dazu noch mitten in den Diskussionen, Nichts ist spruchreif. Fakt ist: Schwarz-Gelb hatte per Gesetz die Sanierung aller Kanäle bis 2015 vorgeschrieben. Dieses Gesetz gilt, nur CDU und FDP haben sich davon in der Opposition verabschiedet. Ich habe eine bürgerfreundliche Lösung versprochen. Daran lasse ich mich auch messen.

Was heißt „bürgerfreundlich“?

Kraft: Wenn ich Ihnen die Lösung jetzt darlegen würde, bräuchte ich darüber ja nicht mehr zu diskutieren. Es ist nicht meine Art, unabgestimmt vorzupreschen. Ich halte nichts davon, dass führende Persönlichkeiten mit Positionen nach vorne gehen und damit die Diskussion vorentscheiden.

Sie meinen, es war falsch von Sigmar Gabriel, im Rentenkonzept ein Niveau von 43 Prozent vorzugeben?

Kraft: Wir haben bisher große Teile des SPD-Rentenkonzepts einvernehmlich miteinander beschlossen – wie zum Beispiel die Solidarrente gegen Altersarmut, die Teilrente für Beschäftigte in körperlich und psychisch belastenden Berufen, einen Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge und Erleichterungen bei der Erwerbsminderungsrente. Der Punkt des Rentenniveaus ist noch offen.

Stimmt die Zahl nicht?

Kraft: Wir führen eine inhaltliche Debatte. Sehr sachlich übrigens und sehr sorgfältig. Schließlich geht es um Perspektiven bis 2030. Am Ende entscheidet ein Parteikonvent im November.

NRW-Sozialminister Schneider rät der SPD, das Renten-Niveau nicht unter 50 Prozent fallen zu lassen.

Kraft: Jeder in der SPD darf seine Meinung haben. Eine Position der SPD-NRW gibt es noch nicht.

In der nächsten Woche werden Sie mit Bundesumweltminister Altmaier über die Energiewende reden. Mit welchem Ziel?

Kraft: Es wird höchste Zeit, dass der Bund den versprochenen Masterplan zur Energiewende vorlegt. Es kann nicht sein, dass jedes Bundesland ein eigenes Energiekonzept entwickelt, anstatt koordiniert zu entscheiden. Mein Eindruck ist aber, dass der Minister die notwendigen Entscheidungen hinter den Termin für die Bundestagswahl schieben will. Dieses Zeitspiel ist hoch dramatisch. Es verhindert Planungssicherheit für die Unternehmen, damit auch Investitionen in neue Kraftwerke.

Frau Kraft, im nächsten Jahr kommt in NRW ein Doppeljahrgang von Abiturienten an die Hochschulen. Ist das drohende Chaos zu verhindern?

Kraft: Der Andrang wird hoch sein. Wir tun, was wir können. Aber wir rufen den Bund auf, mit uns zusammen noch mehr für den Ausbau von Studienplätzen zu tun. Da wir über ein Viertel aller Studierenden ausbilden, also weit über den NRW-Bedarf hinaus, wäre eine Unterstützung aus Berlin wichtig. Aber bisher verweigert sich Ministerin Schavan.

Wie viel Geld hätten Sie gern?

Kraft: Im Hochschulpakt ist festgelegt, dass Bund und Land sich die Kosten für neue Studienplätze teilen. 2009 sind wir davon ausgegangen, dass wir 100 000 zusätzliche Studienplätze bis 2015 brauchen. Inzwischen sind wir bei einer Prognose von 156 000 Plätzen. Die Bundesbildungsministerin müsste endlich die aktuellen Zahlen zur Grundlage nehmen, statt sich aus der Affäre zu ziehen.

Was machen die Sparanstrengungen des Landes? Die Vorschläge Ihres „Effizienz-Teams“ stehen noch aus.

Kraft: Wir werden Jahr für Jahr anwachsend bis 2017 dauerhaft eine Milliarde Euro strukturell einsparen. Das schaffen Sie nicht nebenbei. Das Effizienz-Team bewertet auch, wie kostengünstig wir in NRW arbeiten und macht Vorschläge. Das ist schwierig genug. Deshalb bin ich froh, dass das Effizienzteam sich Zeit nimmt. Entscheiden muss am Ende die Landesregierung.

Sie haben gesagt, der Begriff „Sparen“ müsse im Dreiklang mit „Zukunftsinvestitionen“ und „Einnahmeverbesserungen“ deutlich vernehmbar sein.

Klingt eine Milliarde da nicht sehr dünn – bei einem Haushaltsvolumen von fast 59 Milliarden Euro, Tendenz steigend?

Kraft: Die Milliarde, von der wir reden, betrifft strukturelle Einsparungen – den Verzicht auf Ausgaben. Beim Landespersonal haben wir über Jahrzehnte die Zitrone so ausgepresst, dass wir dort kaum mehr Saft herausbekommen. Eine Milliarde Euro ist verdammt viel Geld. Schauen Sie sich den Bund an: Der spart strukturell so gut wie gar nichts. Gleichzeitig entzieht er uns durch Steuergesetze Einnahmen. Den Ländern werden ständig neue Aufgaben aufgebürdet. Vieles davon mag sinnvoll sein – etwa bei der Bekämpfung sexueller Gewalt oder beim Ausbau des Maßregelvollzugs. Ich könnte Ihnen Hunderte solcher Aufgaben nennen. Alles richtig, alles wichtig. Aber die Länder zahlen und zahlen, ob sie wollen oder nicht.

Das Gespräch führten Joachim Frank, Heinz Tutt und Günther M. Wiedemann